

Politische Reaktionen auf Gewalttaten

Heuchelei aus Textbausteinen

Die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft offenbart sich besonders drastisch in den Momenten, in denen das gesellschaftliche Entsetzen eigentlich am größten sein sollte. Wenn politisch motivierte Angriffe auf Infrastruktur, brutale Gewalttaten gegen Amts- und Funktionsträger oder „Zufallsopfer“, wie auch extremistische Anschläge in Verkehrsmitteln, auf Volksfesten oder Demonstrationen das Land erschüttern, folgt im politisch-medialen Betrieb ein verlässlich ritualisiertes Schauspiel, das unsere Gesellschaft nicht zusammenführt, sondern die Gräben oft noch weiter vertieft.

Statt ehrlicher, rationaler und selbstkritischer Ursachenforschung erleben wir ereignisbezogene Wellen immer gleicher Phrasen und Worthülsen aus der Politik. Diese reflexartigen Reaktionen hinterlassen bei vielen Menschen nur noch wachsende Gefühle der Ohnmacht, der Wut und einer tiefen Entfremdung von demokratischen Institutionen.

Jedes Mal, wenn Unvorstellbares geschieht, läuft die Maschinerie der politischen Kommunikation wie ein Fließband an. Erste offizielle Reaktionen bestehen fast ausnahmslos aus Begriffen wie „Feigheit“, „Hinterhältigkeit“, bedarfswei-



se mit den Floskeln „Angriff auf Freiheit und Demokratie“, „Angriff auf unsere offene Gesellschaft“ oder „Angriff auf uns alle“ versehen und schließlich mit der unumstößlichen Feststellung dekoriert, dass ein solcher Akt „durch absolut nichts zu rechtfertigen“ sei.

Politiker versichern reflexartig, man sei „schockiert und zutiefst erschüttert“. Je nach politischer Ausrichtung folgen als Textbausteine die gewohnten Versprechen, der Rechtsstaat werde mit der „ganzen Härte des Gesetzes“ antworten und man werde im Kampf gegen Gewalt, Terror oder Extremismus „keinen Zentimeter weichen“. Zuweilen folgt dann noch der erhobene Zeigefinger, „die Tat nicht für politische Zwecke zu instrumentalisieren“ oder

„die Tat Einzelner nicht auf eine (dann plötzlich abgegrenzte) Personengruppe zu verallgemeinern“.

All diese Aussagen sind vollkommen richtig, niemand würde ihnen widersprechen. Doch in ihrer endlosen, fast roboterhaften Wiederholung nach jeder Tragödie haben sie ihre emotionale Tiefe und moralische Wirkung inzwischen völlig verloren. Sie sind zu einer Art kommunikativem Placebo verkommen, welches Entschlossenheit simulieren soll, wo jedoch in Wahrheit oft Hilflosigkeit und Ratlosigkeit herrschen.

Diese sprachliche Erstarrung ist Symptom und gleichzeitig gefährlicher Katalysator einer fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltung. In einer sich

fragmentierenden Gesellschaft, in der sich politische Lager zunehmend unversöhnlich, feindselig und aggressiv gegenüberstehen, werden solche Standardphrasen von den Menschen längst als strategische Ausweichmanöver entlarvt.

Während Politiker die Betroffenenfloskeln des Vortages wiederholen, entbrennt dagegen in der digitalen Parallelwelt ein zynischer Kampf um die Deutungshoheit: Wer war der Täter, welche Herkunft oder Gesinnung hatte er und – vor allem – welches politische Lager profitiert am Ende von diesem Verbrechen? Der Schmerz der Opfer und ihrer Angehörigen wird dabei zur bloßen Manövriermasse in einem erbitterten Kulturkampf degradiert.

3 Moderner Staat im Fokus

DBB NRW auf
CDU-Landesparteitag
vertreten



6 Landespolitiker mit Ideen

Dr. Hans Walter
Hütter beim
Feierabendplausch



7 Sozialstaat in Schieflage

Kontroverse
Diskussion zwischen
Jung und Alt



Das grundlegende Problem politischer Worthülsen liegt darin, dass sie einen echten demokratischen Diskurs im Keim ersticken. Indem Politiker gerade nach emotional aufgeladenen Gewalttaten auf die Textbausteine ihrer Standardfloskeln zurückgreifen, drücken sie sich vor den unbequemen, schmerzhaften Fragen, die einer echten Aufarbeitung im Wege stehen. Wie konnte sich unsere Gesellschaft dermaßen

polarisieren und spalten? Welche Herausforderungen gibt es in der Sicherheits-, Bildungs- oder Integrationspolitik? Wie könnten wir unsere Gesellschaft wieder zusammenführen?

Wenn – angesichts zunehmender Entleerung öffentlicher Räume (Innenstädte, Kneipen, Ehrenamt und so weiter) – nach jedem schweren Vorfall lediglich die „wehrhafte Demo-

kratie“ beschworen wird, ohne dass für die Menschen sichtbar, nachhaltige Konsequenzen oder politische Kurskorrekturen folgen, schwindet das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Aber nicht nur Politik oder Medien tragen eine gesellschaftliche Verantwortung: Auch für jeden Einzelnen von uns sollte es eine Verpflichtung sein, sich im täglichen Leben,

gemeinsam mit Angehörigen, Kollegen, Freunden, aber auch alleine, am Arbeitsplatz, auf öffentlichen und digitalen Plätzen, in Bus und Bahn, in Schule oder Studium, Zivilcourage zu zeigen und sich offen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung als Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens einzusetzen.

MM

Tarifpolitik

Jährlicher Austausch mit Arbeitgebervertretern Offenes Gespräch über Belange des öffentlichen Dienstes

Beim kürzlich stattgefundenen Treffen der Vorsitzenden der Landestarifkommission des DBB NRW (LTK), **Sandra van Heemskerck**, mit der bevollmächtigten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. (AdL NRW), **Kerstin Kersten**, dem Geschäftsführer des AdL NRW, **Daniel Grundmann**, sowie der stellvertretenden Geschäftsführerin des AdL NRW, **Sabine Kulok**, standen wich-

tige arbeitsmarktpolitische Themen auf der Agenda.

Schwerpunkte waren unter anderem der Rückblick auf die Einkommensrunde und den Tarifvertrag mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TV-L), aktuelle politische Themen und deren Auswirkungen auf die Tarifbeschäftigten sowie ein allgemeiner Austausch zu tarifpolitischen Themen. Mit diesem mindestens einmal im

Jahr stattfindenden Austausch setzen beide Seiten ihre Zusammenarbeit fort. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu stärken und konkrete Lösungsansätze für die Personalherausforderungen zu entwickeln.

Der konstruktive Dialog zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist gerade in Zeiten steigender Anforderungen

an den öffentlichen Dienst von besonderer Bedeutung. Vielen Dank allen Teilnehmenden für den produktiven Austausch und die wertvolle Zusammenarbeit! Der Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen (AdL NRW) ist eine Vereinigung von Arbeitgebern und gemäß § 2 Abs. 1 des Tarifvertragsgesetzes Tarifvertragspartei. Er ist Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

MM



© DBB NRW

Gesprächsteilnehmer des Jahresgesprächs zwischen AdL und LTK des DBB NRW.

Netzwerkgespräche mit Landtagsfraktionen

Im Austausch mit den Abgeordneten

Traditionell finden gegen Ende der Sitzungsperiode des Landtages die Netzwerkveranstaltungen

der Landtagsfraktionen statt. Hierzu waren auch wieder Vertreter des DBB NRW



Vertreter der Fachgewerkschaften im Gespräch auf dem Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion.



Vertreter des DBB NRW auf dem Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion.

geladen. Im Umfeld der Sommerfeste von SPD und FDP trat der DBB NRW mit verschiedenen Abgeordneten in einen

Austausch, um für die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Stadt und Land zu werben. MM

Landespolitik

Landtagswahl 2027

Moderner Staat im Fokus

Der 48. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen fand am 4. Juli 2026 im Maritim Hotel in Düsseldorf statt. Hierzu waren in Vertretung der organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch Gäste des DBB NRW eingeladen. Zentraler Inhalt des Parteitags war die Weichenstellung für die anstehende Landtagswahl im Mai 2027. In fachspezifischen Workshops wurden inhaltliche Grundlagen für das Wahlprogramm diskutiert und formuliert. Im Fokus standen Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur, Bildungsgerechtigkeit, Bürokratieabbau sowie innere Sicherheit. Weiterhin gaben prominente Redner einen Überblick über die tagespolitische Sachlage im Land und im Bund. Neben einer programmatischen Rede des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Hendrik Wüst** trat auch Bundeskanzler **Friedrich Merz** auf, um die Delegierten



Vertreter des DBB NRW mit Landtagspräsident André Kuper und Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk.

auf die kommenden politischen Herausforderungen und Reformpläne einzustimmen. Für mediale Aufmerksamkeit sorgte angesichts der eingeleiteten Reformvorhaben der Regierungskoalition im Bund die deutliche Ansage von Friedrich Merz gegen permanente Kritiker: „Nöler, Nörgler, Berufskritiker – wegtreten!“

Sowohl in der programmatischen Rede des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerprä-

sidenten Hendrik Wüst als auch in den inhaltlichen Workshops spielte die Entlastung des Staatsapparates eine zentrale Rolle. Wüst forderte unter anderem weniger Bürokratie und stärkere Kommunen. Ziel der CDU NRW ist eine Modernisierung von Staat und Verwaltung durch digitale Prozesse und schnellere Verfahren, um auch die Belastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu reduzieren. Die Ideen für morgen und ein

gemeinsames Nordrhein-Westfalen entstehen nicht ohne die Menschen, die den öffentlichen Dienst tragen. Sie halten das Gemeinwesen jeden Tag am Laufen und schaffen die Grundlage dafür, dass ein ganzes Land gemeinsam vorankommt. Ein starkes Morgen für NRW gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Wer über die Zukunft des Landes spricht, muss deshalb auch über die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die Versorgung der Kolleginnen und Kollegen sprechen. Für den DBB NRW sind Parteitags stets wichtige Netzwerkveranstaltungen der Politik. Sie bieten die Gelegenheit, genau diese Perspektive dorthin zu tragen, wo die politischen Weichen gestellt werden. In vielen persönlichen Gesprächen vertritt der DBB NRW die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst vor Ort mit klaren eigenen Positionen. MM

65. Jahrestag Bau der Berliner Mauer

Bankrotterklärung des „besseren“ Deutschlands

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ – So antwortet SED-Chef **Walter Ulbricht** auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961 in Ostberlin auf eine entsprechende Frage einer Journalistin der Frankfurter Rundschau. Ulbricht weiß, dass seine Aussage gelogen ist, denn die Vorbereitungen auf den Bau einer Mauer mitten durch Berlin laufen längst. Aber Lügen gehören zum System der DDR-Staatspartei SED.

Knapp zwei Monate später, in der Nacht zum 13. August 1961, beginnen Teile der Polizei und Betriebskampfgruppen der DDR mit Stacheldraht die Sektorengrenze zu Westberlin abzuriegeln. Zuerst trennt ein Stacheldrahtzaun Ost- von Westberlin, später folgt die Mauer, gesichert mit dem sogenannten Todestreifen, Minen und Wachtürmen. Ein Schießbefehl sorgt dafür, dass Menschen, die in die Sperrzone zwischen den beiden Teilen der Millionenstadt eindringen, damit rechnen müssen, erschossen zu werden.

Der in der DDR-Propaganda als angeblich gegen den „westdeutschen Aggressor“ gerichtete „antifaschistische Schutzwall“ war ein Ungetüm, ein Monstrum, das allein dazu dienen sollte, der tausendfachen Massenflucht von DDR-Bürgern ein Ende zu setzen. Im Jahr 1960 hatte die DDR rund 200 000 Menschen verloren. Ein Jahr später wuchs die Flüchtlingszahl derart an, dass die Deutsche „Demokratische“ Republik auszubluten drohte. Allein im April 1961 verließen rund 30 000 Menschen den „Arbeiter- und Bauernstaat“, der immer vorgab, das bessere Deutschland zu sein. Nur sahen das viele der

Bürgerinnen und Bürger anders. Zwischen 1949 und 1961 flohen rund 2,5 Millionen Menschen aus der DDR in den Westen, darunter viele Fachkräfte. Die Mauer wurde gebaut, um diesen Aderlass zu stoppen und den wirtschaftlichen sowie politischen Bankrott des Kommunismus und der DDR aufzuhalten.

Selbstständige Bauern flüchteten in den Westen, um nicht wegen der Weigerung zur Zwangskollektivierung ihres Landwirtschaftsbetriebes als „Kriegstreiber“ im Gefängnis zu landen. Facharbeiter, Ärzte, Ingenieure und Menschen aus anderen qualifizierten Berufen hatten genug von täglicher Gängelei, Indoktrinierung und Versprechen, die sich stets als Lügen erwiesen. Eine der spektakulärsten Gruppenfluchten ereignete sich 1956 in Storkow (Brandenburg). Aus Protest gegen die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch sowjetische Truppen legte eine Abiturklasse eine Schweigeminute ein. Als die DDR-Führung die „Rädelsführer“ (es wurden grundsätzlich nur Einzelpersonen verantwortlich gemacht, nie das „Kollektiv“) von den Abiturprüfungen ausschloss, flohen die



© Haus der Geschichte der Bundesrepublik

15 Schülerinnen und Schüler der Klasse gemeinsam nach Westberlin und siedelten später nach Hessen um.

Es war zu dieser Zeit noch leicht, in Berlin in den Westteil der Stadt zu gelangen. Man stieg unauffällig mit wenig Gepäck in die S-Bahn und wenige Minuten später war man in Freiheit. Ab dem 13. August 1961 ging jedoch nichts mehr. Über Nacht wird es den Men-

schen in der DDR unmöglich, sich zwischen beiden Teilen Berlins frei zu bewegen. Die Mauer wurde 28 Jahre lang das sichtbarste Zeichen für die kommunistische Unrechts- und Gewaltherrschaft im Osten Deutschlands. Sie war zugleich aber auch die weltweit sichtbare, moralische und politische Bankrotterklärung des von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Systems in Osteuropa, welches



© Bundesarchiv

die Menschen statt durch Überzeugung nur durch Abschottung, Repression, Verfolgung, Gewalt und notfalls mit deren Tötung davon abhalten konnte, den osteuropäischen Arbeiter- und Bauernparadiesen den Rücken zu kehren. Zehntausende bezahlten ihren Wunsch, in Freiheit und Demokratie zu leben, mit langen Haftstrafen, Hunderte bezahlten diesen Wunsch mit ihrem Leben.

Nur wenige Monate vor dem Mauerfall wird am 6. Februar



© Familie Gueffroy

Chris Gueffroy im Dezember 1988.

1989 **Chris Gueffroy** bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer erschossen. Im Mai 1989 soll der 20-Jährige zur Nationalen Volksarmee eingezogen werden. Seit seiner Jugend will er reisen, Pilot werden, Amerika besuchen, das ist sein großer Traum. Stattdessen wurde er Kellner in einer staatlichen Gaststätte. Gueffroy und sein Freund **Christian Gaudian** planten einen Fluchtversuch über die Berliner Mauer. Sie glaubten, dass der Schießbefehl seit dem Staatsbesuch des schwedischen Ministerpräsidenten **Ingvar Carlsson** in der DDR ausgesetzt sei. Beide versuchen, in der Nacht zum 6. Februar 1989 in der Nähe der Kleingartenkolonie „Harmonie“ über den Britzer Verbindungskanal nach Westberlin zu flüchten, der hier die Grenze zwischen Baumschulenweg (Ostberlin) und Neukölln (Westberlin) bildet. Vor dem Überwinden des letzten Metallgitterzauns werden die beiden Flüchtlinge von Grenzsoldaten der DDR entdeckt und unter Feuer genommen. Gueffroy wird von zwei Kugeln getroffen,

von denen eine sein Herz trifft. Er stirbt noch im Grenzstreifen, Gaudian wird schwer verletzt festgenommen.

Die vier beteiligten Grenzsoldaten bekommen vom Chef des „Grenzkommandos Mitte“, **Erich Wöllner**, als Abschussprämie das „Leistungsabzeichen der Grenztruppen“ und je 150 Ost-Mark. Gueffroys Freund Gaudian wird drei Monate nach den Schüssen am 24. Mai 1989 vom Stadtbezirksgericht Berlin-Pankow wegen „versuchten ungesetzlichen Grenzübertrets im schweren Fall“ nach § 213 DDR-StGB zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Gaudian wird von der Bundesrepublik aus der Haft freigekauft und am 17. Oktober 1989 nach Westberlin entlassen. Am 13. August 2010 wird die Chris-Gueffroy-Allee (eine Straße an der Grenze zwischen den Berliner Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln) nach dem letzten Mauertoten benannt. Die frühere DDR-Staatspartei SED lässt nach der Wende



© Museum Treptow-Köpenick | Matthias Wiedelbusch

Denkmal an den letzten Mauertoten Chris Gueffroy.

die Opfer von ihr zu verantwortender Gewalt und massiven Unrechts vom einstigen „Klassenfeind“ Bundesrepublik entschädigen. Nach einigen Metamorphosen sitzt diese Partei heute unter neuem Namen im Deutschen Bundestag und möchte mit der nächsten Version des „demokratischen Sozialismus“ ein neues Experiment zum Wohle der Menschheit anstoßen. MM

Landespolitik

Arbeitnehmergruppe der CDU-Fraktion

Konstruktiver Austausch mit Landtagsabgeordneten

Mitte Juni war **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, zu Gast beim Austausch mit der Arbeitnehmergruppe der CDU-Landtagsfraktion. Im Mittelpunkt standen aktuelle Herausforderungen der Arbeitsmarktpolitik und des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen. Regelmäßige und vertrauensvolle Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Politik sind für den DBB NRW von großer Bedeutung, um die Anliegen der Beschäftigten nachhaltig einzubringen. Der DBB NRW dankt für den offenen und konstruktiven Austausch. MM



© Julian Kendziora

Roland Staude im Gespräch mit den Abgeordneten.

Sitzung der Landesfrauenvertretung

Julia Kocks zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Am 16. Juni 2026 kam die Landesfrauenvertretung des DBB NRW in der Landesgeschäftsstelle zu ihrer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt stand die

Wahl einer neuen stellvertretenden Vorsitzenden. **Tanja Küsgens** (VBE) scheidet aus diesem Amt aus. Der DBB NRW dankt ihr für ihr gewerkschaft-

liches Engagement und ihren Einsatz für die Belange der Frauen im öffentlichen Dienst. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Julia**

Kocks (VBE) gewählt. Der DBB NRW gratuliert herzlich und wünscht viel Erfolg im neuen Amt!

MM



Herzliche Glückwünsche zur Wahl an Julia Kocks und zur Verabschiedung an Tanja Küsgens.

Geschäftsstelle

Feierabendplausch in der Geschäftsstelle

Landespolitiker mit Ideen und Tatendrang

Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe zum 80. Gründungsjubiläum des Landes Nordrhein-Westfalen lud der DBB NRW zu seinem traditionellen Feierabendplausch in die Landesgeschäftsstelle ein. Der frühere Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, **Dr. Hans Walter Hütter**, referierte über die Gründungsphase unseres Landes und zwei bedeutende Landespolitiker und Kontrahenten, die durch ihren steten freundschaftlichen Konflikt und ihre unterschiedlichen Ansichten über die Ausrichtung und den Aufbau der deutschen Nach-

kriegsordnung über Nordrhein-Westfalen hinaus die junge Bundesrepublik und das neue gemeinsame Europa erheblich prägten: **Konrad Adenauer** und **Karl Arnold**. Der erste Bundeskanzler und der erste gewählte Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wären in diesem Jahr 150 sowie 125 Jahre alt geworden. Viele Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher nutzten zugleich die Gelegenheit zu einem geselligen Gedankenaustausch oder einer Besichtigung der von **Marcus Michel** kuratierten Ausstellung „Unser Land hat Geburtstag“. MM



Dr. Hans Walter Hütter referiert über Konrad Adenauer als Landespolitiker.

Diskussion mit der Senioren-Union HSK

Sozialstaat in Schieflage

Auf Einladung der Senioren-Union im CDU-Kreisverband Hochsauerlandkreis fand am 3. Juni 2026 in Meschede eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des Sozialstaates statt. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gewerkschaft diskutierten über zentrale sozialpolitische Herausforderungen, insbesondere über die Gefährdung der Altersversorgung, der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. In diesem Kontext wurde besonders die angespannte Lage der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung in den Fokus gerückt. Die große Sorge um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme wie auch die gerade wiederkehrende Forderung, Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung mit einzubeziehen, waren Hauptthemen des regen Austausches, an dem unter anderem **Hubert Hüppe**, Vorsitzender der Senioren-Union der CDU, Maximilian Reinberger, Vorsitzender der Jungen Union Südwestfalen, sowie für den DBB NRW der Vorsitzende der Seniorenvertretung des DBB NRW, **Hubert Meyers**, teilnahmen. Bereits die Zusammensetzung des Podiums ließ eine kontroverse Debatte erwarten – insbesondere mit Blick auf die Rolle des öffentlichen Dienstes und die Frage, welchen Beitrag Beamtinnen und Beamte zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme leisten sollen.

Im Mittelpunkt stand zunächst die Frage, ob und in welchem Umfang der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland in eine strukturelle Schieflage geraten ist. Dabei wurde deutlich, dass die gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung und weitere Sozialversicherungssysteme vor erheblichen finanziellen und demografischen

Herausforderungen stehen. Ursächlich seien hierfür sicher viele Gründe. Hubert Meyers machte deutlich, dass bei der Debatte über die Zukunft des Sozialstaates auch die Ursachen der aktuellen Schieflage benannt werden müssten. So wurde aus dem Plenum nachdrücklich darauf hingewiesen,



dass vor allem auch versicherungsfremde Leistungen sich im Portfolio des Ausgabenpakets des Sozialstaates befänden, die dort nichts zu suchen haben, sondern vielmehr aus Steuermitteln erbracht werden müssen. Daher bestand weitestgehend Einigkeit darin, dass dringender politischer Handlungsbedarf bestehe, um die soziale Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Meyers verwies auf die Folgen politischer Entscheidungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, die wachsenden Aufgaben und politischen Versprechen und die damit verbundenen steigenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Staat. Marode öffentliche Infrastruktur, wie Straßen, Brücken, Schulen und Kitas, lange Wartezeiten in Behörden, überlastete Verwal-

tungen und eine immer schwierigere Aufgabenerfüllung vor Ort würden daher dem Staat und seinen Vertretern zugeschrieben. Verbale und gewalttätige Attacken gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seien an der Tagesordnung. Wer angesichts 600 000 unbesetzter

Stellen im öffentlichen Dienst in Deutschland weniger öffentlichen Dienst fordere, müsse deshalb zugleich konkret benennen, welche Aufgaben der Staat künftig nicht mehr wahrnehmen soll. Pauschale Forderungen nach Personalabbau oder einer Reduzierung staatlicher Strukturen griffen zu kurz. Notwendig sei vielmehr eine ehrliche und qualifizierte Aufgabenkritik: Der Staat müsse gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern klar definieren, welche Leistungen unverzichtbar sind und wo möglicherweise Standards verändert werden müssen.

Hierbei verlagerte sich die Diskussion auf den Status und die Rolle der Beamtinnen und Beamten. Erwartungsgemäß wurden deren Privilegien kritisiert. Sie sollten finanziell stärker zur Stabilisierung der

sozialen Sicherungssysteme beitragen. Hubert Meyers verwies darauf, dass die Beamtenschaft in den vergangenen Jahrzehnten bereits zahlreiche Einschnitte hinnehmen musste und über den steuerfinanzierten Bundeszuschuss ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft leistet. Unterschiedlich bewerteten die Diskussions Teilnehmer jedoch, in welcher Form eine stärkere Angleichung zwischen den Alterssicherungssystemen der Tarifbeschäftigten und der Beamtenschaft erfolgen sollte. Aber auch hier bestand letztlich Übereinstimmung, dass alle Vorschläge und Regelungen besprochen werden und den gesetzlichen Normen unseres Rechtsstaates unterliegen und ihnen standhalten müssen. Konsens war dabei, dass das Ausspielen der Statusgruppen nicht weitergeführt werden dürfe. Vielmehr brauche es eine sachliche Diskussion über die Leistungsfähigkeit des Staates, die Finanzierung sozialer Sicherheit und die Frage, welche Aufgaben der Staat künftig zuverlässig erfüllen will und soll.

Die Veranstaltung zeigte, wie groß der Gesprächsbedarf bei diesen Themen ist. Die Diskussion verlief manchmal kontrovers, aber sachlich. Gerade der Austausch zwischen Senioren-Union, der Jungen Union und dem DBB NRW machte deutlich, dass die Zukunft des Sozialstaates und die Rolle des öffentlichen Dienstes auch in Zukunft zentrale politische Fragen bleiben werden. Hier sollten jedoch weniger populistische Schlagworte, sondern belastbare Fakten, klare Prioritäten und das Bewusstsein den Diskurs bestimmen, dass ein handlungsfähiger Staat auf einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst angewiesen ist.

HM

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 48, gültig ab 1.1.2026. **Ständige Beilage:** dbb magazin.

ISSN 1438-2989

Rettungsmedaille für entschlossenes Handeln

Ministerpräsident ehrt Zivilcourage

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** hat Ende Juli 25 Personen aus Nordrhein-Westfalen mit der Rettungsmedaille geehrt. Sie haben unter Einsatz ihres eigenen Lebens andere Menschen aus lebensbedrohlichen Notlagen gerettet. Zudem wurden an sechs Personen öffentliche Belobigungen ausgesprochen. Die Auszeichnung fand am Abend im Rah-

men einer Feierstunde im Maxhaus in Düsseldorf statt. Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Das entschlossene Handeln Einzelner kann Leben retten. Genau das haben die Menschen, die mit der Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet werden, eindrucksvoll bewiesen. Mit ihrem mutigen und selbstlosen Einsatz haben

sie Mitmenschen aus lebensgefährlichen Situationen gerettet. Sie haben hingesehen und in einem entscheidenden Moment Verantwortung übernommen und Mut bewiesen. Ihr Engagement steht beispielhaft für die Mitmenschlichkeit und die Zivilcourage, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Für dieses beeindruckende Handeln verdienen sie unsere

höchste Anerkennung und unseren größten Respekt. Sie sind Vorbilder für uns alle.“ Die Rettungsmedaille wird seit 1951 auf der Grundlage des Gesetzes über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen. Seither wurden 1435 Bürgerinnen und Bürger mit der Rettungsmedaille ausgezeichnet. **MM**



Ministerpräsident Wüst mit den Lebensrettern nach Verleihung der Rettungsmedaillen des Landes Nordrhein-Westfalen.

© Land NRW | Ralph Sondermann